



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Andreas Winhart, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel**
und **Fraktion (AfD)**

Existenzgefährdende Rückzahlungsforderungen der Coronahilfen stoppen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Forderungen des Freistaates auf die Rückzahlung von rechtmäßig erworbenen Coronahilfen mit sofortiger Wirkung einzustellen.

Begründung:

Entgegen früheren Versprechen des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger werden die in Bayern ausgezahlten Coronahilfen nun einer genaueren Nachprüfung unterzogen. Für die knapp 300 000 betroffenen Empfänger von Coronahilfen in Bayern kommt das nun als Schock, zusätzliche Belastung und weiterer Hohn seitens der von CSU und FREIE WÄHLER geführten Staatsregierung an.

Die Rückzahlungsforderungen mögen in den meisten Fällen im Rechtssinne korrekt mit der Nichteinhaltung der erforderlichen Kriterien begründet sein. Schuld daran haben allerdings nicht hauptsächlich die Antragsteller, sondern vorrangig die Bundes- und Staatsregierung, da sie innerhalb von zwei Jahren neun verschiedene Coronahilfen eingeführt haben, alle mit einem undurchsichtigen Durcheinander unterschiedlicher Förderobjekte und -kriterien. Einige Kriterien wurden im Nachhinein sogar heimlich geändert. Daher sind Fehler in den Anträgen zum Großteil durch staatliches Verschulden zu erklären.

Nach drei Jahren staatlich verursachter Dauerwirtschaftskrise, die das Eigenkapital des Soloselbstständigen und Mittelständischen restlos aufgezehrt hat, bei stagnierender Wirtschaft, anhaltend hohen Energiepreisen, Fachkräfte- und Materialknappheit und einer Inflationsrate von über 5 Prozent im Jahr 2023 ist es wirtschaftlich und moralisch falsch, die Rückzahlung der Coronahilfen noch zu fordern.